



Kommissionsdrucksache 20(28)03

18.11.2022

**Prof. Dr. Conrad Schetter,
Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)**

Öffentliche Anhörung

zum Thema

**„Kontext und Lage in Afghanistan zu Beginn des
Einsatzes 2001. Ausgangspunkt 11. September 2001 bis
zur Petersberger Konferenz 2001“**

am 21. November 2022

Enquete Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement
Deutschlands“

**Öffentliche Anhörung „Kontext und Lage in Afghanistan zu Beginn des Einsatzes 2001.
Ausgangspunkt 11. September 2001 bis zur Petersberger Konferenz 2001“**

21. November 2022

Conrad Schetter

Bonn International Centre for Conflict Studies, BICC

Frage 1

Welche gesellschaftspolitischen und strukturellen Spannungsfelder (z.B. Abhängigkeit des Staates vom Ausland; Gegensatz Stadt/Land; Stamm/Staat, Tradition/Moderne; Einfluss von Islam und Islamismus auf die Gesellschaft, Bedeutung von Ethnizität und jahrzehntelanger Gewalterfahrung; Teilung der paschtunischen Stammesgebiete; Rolle Pakistans, USA und Golfstaaten), waren für das Verständnis des afghanischen Konfliktkontexts vor und nach 9/11 von Bedeutung?

Das Konfliktgeschehen in Afghanistan ist durch eine enorm hohe Komplexität geprägt, die es enorm schwierig macht, einzelne Aspekte herauszugreifen und in den Mittelpunkt der Konfliktanalyse zu stellen. So ist meines Erachtens ein Kernproblem, vor dem politische Entscheidungsträger:innen in Afghanistan stehen, dass sie nur eine überschaubare Anzahl von Konfliktlinien identifizieren und diese dann als statisch betrachten. Jedoch je nach Situation, Individuum und Kontext können in einem Konflikt unterschiedliche Aspekte zu Tage treten und unterschiedliche Interpretationen erfolgen. Ich selbst habe in meiner Beschäftigung mit Afghanistan fünf gesellschaftspolitische und strukturelle Spannungsfelder hervorgehoben, die seit dem 19. und 20. Jahrhundert bis heute die Entwicklung des Landes prägen:¹

¹ Im Folgenden sind Passagen übernommen und abgeändert aus: Schetter, C. (2004). *Kleine Geschichte Afghanistans* (5. Auflage th edition 2022). München: C.H. Beck und Mielke, K., & Schetter, C. (2022). *Die Taliban: Geschichte, Politik, Ideologie*. München: C.H. Beck.

Konkurrenz um wirtschaftliche Ressourcen: Ein Labyrinth aus Hochgebirgen wie Wüsten- und Steppenlandschaften bestimmt den Naturraum Afghanistans. Allein Oasen und Flusstäler stellen Gunsträume für eine intensive landwirtschaftliche Nutzung dar (u.a. auch Opiumanbau, v.a. seit den 1990er Jahren). Aufgrund der Bedeutung, die die Landwirtschaft für das Überleben in dieser lebensabweisenden Region darstellt, drehen sich bis heute die meisten Konflikte in Afghanistan um den Zugang zu und den Besitz von Wasser, Land und Weiden. Trotz der ideologischen Aufladungen während der seit 1979 anhaltenden Afghanistankriege (u.a. Kommunisten vs. Mudschaheddin; Taliban vs. west. Interventen) bedingen Streitigkeiten um die lokale Ressourcenkontrolle und -verteilung die meisten gewaltsamen Konflikte. In vielen Oasenregionen geht zudem der Zugang zu Ressourcen mit ethnischen und Stammesidentitäten einher, was lokale Konflikte anheizt. Viele dieser Ressourcenkonflikte wurden von Generation zu Generation weitervererbt und bedingten bereits vor Ausbruch des Krieges 1979 lokale Auseinandersetzungen. Im Zuge des Afghanistankrieges wechselten häufig Land- und Wasserrechte mehrfach die Hände, was die Konflikte zwischen einzelnen Familien und Gemeinden intensivierte. Die Kriegsparteien nutzten stets diese Konflikte für die Mobilisierung von Anhängern aus.

Zudem bedingte die karge Ausstattung des Naturraumes, dass seit dem 19. Jahrhundert jeder Herrscher von ausländischer Hilfe abhängig war. Denn Afghanistan war wirtschaftlich nicht in der Lage war, seine Bevölkerung zu ernähren. Seit 1957 stammten über 40 Prozent der Staatseinnahmen von auswärts, namentlich aus der Entwicklungszusammenarbeit. Dadurch geriet Afghanistan in eine wirtschaftliche Abhängigkeit – zunächst von den Großmächten und während des Krieges (seit 1979) vermehrt von Regionalmächten. Während des Krieges konnten so alle Kriegsparteien auf die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bauen. So avancierte Afghanistan zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen zwischen den USA und der Sowjetunion (1980er Jahre) sowie zwischen Iran und Saudi-Arabien (1990er Jahre) sowie Pakistan und Indien (1990er Jahre).

Gegensatz zwischen Stadt und Land: Die Trennung zwischen Land und Stadt ist in Afghanistan gleichzeitig eine Trennung zwischen Tradition und Moderne und zwischen Stamm und Staat. Beide Welten drifteten im 20. Jahrhundert immer stärker auseinander. Die Städte, allen voran Kabul, bildeten die Entwicklungsmotoren der Modernisierung, während im ländlichen Raum traditionelle Gesellschaftsstrukturen bestehen blieben. Zum Kristallisationspunkt in der Frage Moderne vs. Tradition avancierte die Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft. Während das traditionelle Rollenverständnis die Frau als ein zu beschützendes „Gut“ ansah, über das die Ehre des Mannes und der Familie verteidigt wird, steht die Moderne für Gleichberechtigung und volle gesellschaftliche Teilhabe der Frau. Gerade die Daud-Regierung ab 1973 und ihr nachfolgend die Marxisten ab 1978 setzten sich für Frauenrechte und -bildung ein. Am anderen Ende stehen die Taliban, die als Bewegung des ländlichen Afghanistan eine radikale Ausgrenzung der Frau aus der

Öffentlichkeit betrieben. Dass im August 2021 tausende Kabuler Einwohner vor den anrückenden Taliban in Panik Zuflucht auf dem Flughafen suchten, spiegelt die große Angst wider, dass die Taliban erneut sämtliche Errungenschaften der Moderne bekämpfen, wie sie es bereits in ihrer Schreckensherrschaft in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre taten.

Partikularinteressen: Die afghanische Gesellschaft ist durch einen extremen Partikularismus gekennzeichnet. Dörfer, Talschaften, Clans, Stammesgruppen und religiöse Gemeinschaften stellen in Afghanistan die wichtigsten Identitäts- und Handlungsbezüge dar, auf denen Patronage- und Klientelsysteme aufbauen. Politische Bündnisse basieren vorzugsweise auf persönlichen Netzwerken und Bindungen (u.a. Heiratsallianzen). Gesellschaftliches Prestige und politische Hierarchien werden stets infrage gestellt und sind stark umkämpft. Symptomatisch hierfür ist, dass – abgesehen von Dost Mohammad, Abdur Rahman und Hamid Karzai – jeder Herrscher des Landes in den letzten 200 Jahren entweder gewaltsam vertrieben wurde oder eines unnatürlichen Todes starb. Diese Konfliktlinie der Partikularinteressen wurde von der internationalen Gemeinschaft anfangs übersehen. Erst im Laufe des Wiederaufbaus wurde deutlich, dass öffentliche Güter umkämpfte Ressourcen zwischen konkurrierenden Patronage-Gruppen darstellen. Auch erklärt sich die Dominanz von lokalen Big Men und der Zerfall des Landes in Kriegsfürstentümer und Kleinreiche mit den beherrschenden Partikularinteressen.

Kulturelle Vielfalt: Die kulturelle Vielfalt der afghanischen Gesellschaft dient immer wieder der politischen Mobilisierung. Nicht allein in sprachlicher und ethnischer, sondern auch in religiöser Hinsicht bildet Afghanistan ein äußerst mannigfaltiges Land. Selbst der Islam, dem ungefähr 99 Prozent der fast 40 Millionen Afghanen angehören, stellt keine einigende Klammer dar, sondern ist durch eine Vielzahl von heterogenen Strömungen und Eigenheiten gekennzeichnet. Neben der Mehrheit sunnitische Muslime, die der hanafitischen Richtung folgen, gibt es eine beachtliche Anzahl an Zwölfer-Schiiten und Siebener-Schiiten (Ismailiten), die zusammen etwa 20 bis 30 Prozent der afghanischen Bevölkerung ausmachen. Schiitische wie sunnitische Islamauffassungen durchmischen sich zudem gerade in ländlichen Gebieten stark mit vorislamischen oder animistischen Vorstellungen, die einer orthodoxen Auslegung entgegenstehen. Im Verlauf des Krieges nahm die Politisierung und Radikalisierung im Namen des Islam ständig zu. Daher stellte die religiös-ideologische Zuordnung eine zentrale Konfliktlinie zu Beginn der internationalen Intervention dar. Zudem ist die ethnische Vielfalt des Landes zu nennen, derer sich immer wieder alle politische Parteien bedienen. Die Rolle der Paschtunen ist für die Konfliktlage in Afghanistan besonders hervorzuheben.

- a) Der Anspruch, dass ein Paschtune – ob als König oder Präsident – über Afghanistan herrschen muss, gilt bis heute vielen Paschtunen als ein ungeschriebenes Gesetz. Denn

Afghane ist das Synonym für Paschtune und das Narrativ ist, dass Afghanistan seit 1747 von Paschtunen beherrscht wurde. So ging auch die USA zu Beginn der Intervention davon aus, dass ein Paschtune (Hamid Karzai) Übergangspräsident werden sollte.

- b) Seit den 1920er Jahren betrieb das Königshaus einen internen Kolonialismus, indem es Paschtunen aus Süd- und Ostafghanistan in die Oasen Nordafghanistans wie etwa Kunduz, Baghlan oder Balkh umsiedelte und die Weiden Zentralafghanistans auf Kosten der schiitischen Hazara für paschtunische Nomaden öffnete. Damit entstand im ganzen Land ein Flickenteppich paschtunischer Siedlungsgebiete; damit spielen Paschtunen in lokalen Konflikte eine hervorgehobene Rolle.
- c) Fast die Hälfte aller Paschtunen lebt in den heutigen pakistanischen Provinzen Khyber Pakhtunkhwa (KPK) und Belutschistan, die bis zum Indus reichen. Die Durand-Line, die 1893 als Grenze zwischen Afghanistan und Britisch Indien gezogen wurde, erkannte Kabul nach der Gründung Pakistans 1947 nicht an. Afghanische Präsidenten erhoben immer wieder den Anspruch, dass Afghanistan das Land aller Paschtunen sei und daher die Außengrenze Afghanistans am Indus verlaufen müsse. Es ist ein Primat pakistanischer Politik, diese Paschtunistan-Frage aus der Welt zu schaffen und im Afghanistankrieg die Kriegsparteien zu unterstützen, die zu einer Beendigung des afghanischen Irredentismus beitragen. Dies erklärt das Interesse Pakistans an den Taliban: Denn obgleich die Trägerschaft der Taliban überwiegend paschtunisch ist, unterdrückt ihre religiöse Ausrichtung nationalistische Ambitionen.

Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, die ethnischen Spannungen auf Paschtunen vs. Nicht-Paschtunen einzuengen. Zum einen spielen tribale und regionale Konkurrenzen innerhalb der Paschtunen selbst eine große Rolle, zum anderen existieren auch vielen Stereotypen und Animositäten unter den anderen ethnischen Gruppen. Während des Krieges fand eine enorme Politisierung von Ethnizität statt und nahezu jede politische Partei mobilisiert ihre Anhängerschaft über die Betonung einer bestimmten Ethnizität.

Militärische Interventionen: Die afghanische Geschichte ist wie die keines anderen Landes durch militärische Interventionen geprägt, die in der Regel scheiterten. Dies spielt für das Bewusstsein der Afghanen – oftmals in mythischer Verklärung – eine große Rolle („Afghanistan – ein freiheitsliebendes Land“). So hatte sich in afghanischen Eliten – nicht nur den religiösen, sondern vor allem den nationalen – eine Haltung entwickelt, die einer externen Einflussnahme oder gar Bestimmung der afghanischen Zukunft kritisch bis ablehnend gegenüberstand: Im 19. Jahrhundert bildete das „Great Game“ in Afghanistan zwischen England und Russland den Höhepunkt des Zeitalters des Imperialismus. 1979 beendete die sowjetische Invasion in Afghanistan die Entspannungspolitik des

Kalten Kriegs und leitete die sowjetische Besatzung den Zusammenbruch der Sowjetunion ein und auch die US-geführte Intervention wurde 2021 mit der Rückkehr der Taliban beendet. Die militärischen Interventionen seien an dieser Stelle explizit als eine wichtige Konfliktlinie genannt – nicht innerhalb Afghanistans, aber zwischen den Afghanen und internationalen Akteuren.

Diese fünf Grundzüge der afghanischen Geschichte treten wie in einem Brennglas gebündelt während des Afghanistankriegs zutage, der in den letzten vier Dekaden tobte. So konnten sich nur die politischen und militärischen Bewegungen an der Macht halten, die Unterstützung aus dem Ausland erhielten. Versiegte diese Quelle, verlor die betreffende Bewegung an Einfluss. Gleichzeitig erlebte Afghanistan aufgrund des anhaltenden Kriegszustands und zunehmender wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit einen Massensexodus seiner Bevölkerung. Auch verstärkte sich im Lauf des Kriegs der Stadt-Land-Gegensatz, da in den 1980er Jahren die Städte nach sozialistischem Vorbild modernisiert wurden, während in den ländlichen Regionen in bewusster Abgrenzung traditionelle Werte und Normen hochgehalten wurden. Der extreme Partikularismus führte dazu, dass sich der Widerstand wie die afghanische Regierung in unzählige konkurrierende Gruppierungen und Kriegsfürstentümer aufsplitterte. Das ethnische Konfliktpotential kam im Verlauf des Kriegs zum Tragen, da die Regierung wie die Widerstandsparteien ethnische Spannungen für ihre Interessen ausnutzten, um Kämpfer zu mobilisieren.

2. Inwieweit wurden aus Ihrer Sicht diese Spannungsfelder sowie relevante konflikthistorische, politische, und gesellschaftlich-kulturelle Gegebenheiten Afghanistans in der Vorbereitung des Afghanistan-Einsatzes beachtet bzw. hätten von Anfang an stärker für die Strategieentwicklung und Implementierung in Rechnung gestellt werden sollen?

Die Zeit zwischen 911 und der Entsendung internationaler Truppen nach Afghanistan betrug gerade einmal vier Monate. Daher war die internationale Gemeinschaft zu einer Strategieentwicklung genötigt, die unter einem hohen Zeitdruck zustande kam: Weder stand ausreichendes Wissen zur Verfügung, noch konnten Variablen der Intervention evidenzbasiert identifiziert werden oder Szenarien durchgespielt werden. Mit anderen Worten fand eine Übertragung der Erfahrungen und Weltansichten aus anderen Konfliktregionen (v.a. Balkan) statt und wurden diese grobschnittig auf Afghanistan übertragen (u.a. ethnische Zuschreibungen). Zur Rechtfertigung der überhasteten Strategieentwicklung der Interventen kann eingewendet werden, dass das notwendige und vor allem aktualisierte Wissen über Afghanistan zu Beginn der Intervention kaum vorhanden war; allerdings bleibt die Kritik, dass die Interventen in der Folgezeit auch nicht beträchtlich darin investierten, ein

differenziertes Wissen über die afghanische Gesellschaft zu generieren und zur Grundlage von Interventionsbemühungen zu machen. Die Intervention war durch die folgenden Aspekte geprägt:²

Mangelnde historische Kontextualisierung: Die Vertreibung der Taliban galt als Nullpunkt der Intervention, während die gesamte Zeit zuvor pauschal als Ära des Schreckens betrachtet wurde. Dem entsprechend gingen die Interventen gerade in den ersten Jahren davon aus, dass sie aufgrund der Zerstörkraft des langanhaltenden Bürgerkrieges, von der sie sich in ihrem Selbstverständnis positiv abhoben, eigentlich nur Dinge besser machen könnten. In diesem Zuge ist auch zu verstehen, weshalb Deutschland so bereitwillig an der Intervention teilnahm, da man sich in der komfortablen Position wägte, nicht in einen „Krieg“ zu ziehen, sondern – aus der Position der Neutralität heraus – eigentlich nur positiv einen Frieden gestalten zu können. Daher blieb unberücksichtigt, dass die jüngste Intervention in einer ganzen Reihe ziviler und militärischer Interventionen in Afghanistan im Laufe der letzten zweihundert Jahre stand (siehe oben). So dampfte die internationale Gemeinschaft die Vergangenheit des Landes immer wieder auf recht grobe Konfliktlinien ein (v.a. ethnische Konflikte; Taliban vs. Nordallianz) und blieb das Bemühen unausgeprägt, ein historisches Kontextverständnis zu entwickeln und zu institutionalisieren. Frappierend ist vor allem, in wie vielen Politikfeldern (etwa Sicherheitssektor, Bildung) die Interventen die gleiche Politik wie die sowjetischen Besatzer der 1980er Jahre verfolgten – ohne sich hierüber überhaupt bewusst zu sein.

Box 1: Beispiele für Kontextunverständnis

Konkreter Ausdruck dieses Kontext(un)verständnisses war etwa, dass britische Truppen ausgerechnet nahe des südafghanischen Ortes Maiwand stationiert wurden. Hier besiegte einst ein afghanisches Heer am 27. Juli 1880 die britisch-indische Armee – ein Ereignis, das bis heute die nationale Identität vieler Afghan:innen prägt. So erinnert der afghanische Nationalfeiertag an diese Schlacht und gedenkt in jeder größeren afghanischen Stadt ein Maiwand-Platz dieser heroisch verklärten Tat. Es liegt auf der Hand, dass viele Afghan:innen die Rückkehr britischer Truppen nach Maiwand als einen Akt historischer Revanche empfanden. Ein anderes Beispiel ist, dass die USA ab 2002 das Gefängnis Pul-i Charki, östlich von Kabul, für die Unterbringung politischer Gefangener verwendeten – in wohl unbewusster Kontinuität, denn unter der kommunistischen Schreckensherrschaft von Baraki und Amin (1978/79) sowie während der sowjetischen Intervention (1980-1986) war dieses Gefängnis als Folterkammer berüchtigt, in der Tausende politische Gefangene ums Leben kamen.

² Im Folgenden sind Passagen übernommen und abgeändert aus: Schetter, C., & Mielke, K. (2016): Was von Kunduz bleibt. Intervention, Gewalt und soziale Ordnung in Afghanistan. *Politische Vierteljahresschrift* 57 (4), pp. 614-642. DOI: doi.org/10.5771/0032-3470-2016-4-614

„Leerer Raum“: Die in entwicklungspolitischen Kreisen immer wieder gemachte Bemerkung, dass in Afghanistan kein ‚Wiederaufbau‘, sondern erstmalig ein ‚Aufbau‘ stattfindet, unterstreicht die Haltung, dass die Interventen Afghanistan als einen leeren Raum wahrnahmen, der durch die Interventen beliebig gestaltet werden könnte. So fanden der Wiederaufbau des Landes wie auch die Organisation der militärischen Intervention zentralisiert von Kabul aus über die Provinzhauptstädte statt. Der Ansatz war, staatliche Strukturen in Kabul zu etablieren, die kaskadenhaft ‚von oben‘ gesteuert langfristig eine Durchdringung und Disziplinierung der Gesellschaft ermöglichen sollten. So nahmen die Interventen von Kabul aus Zuordnungen und Kategorisierungen vor, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge auf der lokalen Ebene wenig berücksichtigten. Solche Interventionspraktiken stellten für viele Afghan:innen ein *deja vu*-Erlebnis dar, da die Staatsbildungsprozesse, die in Afghanistan seit 1890 in verschiedenen, durchaus gewaltsamen Wellen stattfanden, stets zentralisiert von Kabul ausgegangen waren, ohne die Institutionen und Identitäten der Bevölkerung zu berücksichtigen. So nahmen afghanische Bevölkerungsgruppen Staatlichkeit eher als eine konfliktive, einschränkende Größe wahr. Daher sahen viele Afghan:innen die Interventen von Beginn an als politische Partei tief verwurzelt in innerafghanischen Konflikten. So positionierten sich die Interventen letztlich als die Vertreter einer modernen, urbanen, westliche Werte vertretenden Staatlichkeit. Dabei übersahen sie zu oft die komplexe Gemengelage an Konflikten (u.a. Land-Stadt Konflikt, ungeklärte Land- und Wasserrechte), die sich nur unzureichend auf politischen Islam versus Demokratie bzw. auf ethnische Konflikte reduzieren ließen.

Feindbild Taliban: Die Legitimierung der Intervention in Afghanistan basierte auf der Ausrufung des Kriegs gegen den Terrorismus. So stellte das Hauptziel der von den USA geführten Koalition *Enduring Freedom* dar, sämtliche Strukturen des Terrorismus in Afghanistan zu vernichten. Allerdings weitete sich hierbei gleich in den Anfängen die Definition derer, die als Terroristen identifiziert wurden, und fand eine Entgrenzung des Feindes statt. Infolge der Tatsache, dass die USA Osama bin Laden als dem Drahtzieher hinter den Anschlägen von 9/11 zunächst nicht habhaft wurden, avancierten die Taliban mit Beginn der Intervention zum Feind Nr. 1. Die Argumentation beruhte weit weniger auf einer echten terroristischen Bedrohung durch die Taliban, sondern es reichte als Begründung aus, dass die Taliban Osama bin Laden Unterschlupf gewährt hatten. Diese Ausweitung des Feindbildes auf die Taliban war umso eingängiger, da Letztere aufgrund ihres mit einer kruden Islamauslegung begründeten Unterdrückungsregimes weltweit eine gesellschaftliche und kulturelle Ächtung erfuhren. Mit dieser Identifizierung eines zur Vernichtung freigegebenen Feindes erfuhr die Intervention frühzeitig eine politische Einfärbung, in der die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Taliban grundlegend als abzulehnen und als zu bekämpfen galten. Anders ausgedrückt, vor der ‚barbarischen‘ Folie der Taliban-Herrschaft konnten die Vorstellungen des liberalen Friedens nur umso heller strahlen. Die Crux war allerdings, dass damit die Taliban in die Lage versetzt wurden,

zum Repräsentanten all derjenigen gesellschaftspolitischen Akteure zu avancieren, die sich von den Ideen der Intervention bedroht und vom Wiederaufbau ausgeschlossen fühlten. So waren bereits in der Anlage der Intervention die Dämonisierung einer politischen Gruppierung sowie die Bekämpfung von deren gesellschaftlichen und kulturellen Praktiken angelegt, die je nach lokalem Kontext eine unterschiedliche Färbung annahm. Es kann daher argumentiert werden, dass bereits im zugrundeliegenden Interventionsverständnis das Wiedererstarken der Taliban begründet lag.

Aus diesen Fehleinschätzungen der Interventen leiten sich die folgenden Aspekte ab, die ich für essentiell halte.

- a) die von Interventen bislang oft als „Neutralität“ praktizierte Distanzierung zwischen sich und der Interventionsgesellschaft hätte von Beginn an aufgegeben werden müssen zugunsten einer eindeutigen und ständigen reflektierten Positionierung im Konfliktgeschehen. Mit der Anerkennung der eigenen Konfliktivität geht einher, die eigen Rolle/ Position entsprechend der „Do-no-harm“-Prinzipien einzuhegen.
- b) die Absage an essentialistische Deutungen von Interventionskontexten und dort angelegten Konflikten hätte erfolgen müssen, da ursächliche Konfliktgegenstände im Konflikt- und Interventionsverlauf ständig transformiert werden und ihre Effekte und Auswirkungen unter Umständen neue Konfliktursachen darstellen (wie auch die Intervention selbst Konfliktgegenstand ist).

So ist die banale Erkenntnis, dass Interventen weitaus sensibler von Beginn an ihre eigene Rolle und den Kontext, in den sie eingewoben sind, reflektieren und anerkennen müssen. In diesem Zusammenhang fehlte die Bereitschaft, das verfügbare Wissen über Interventionskontexte aufzuarbeiten und neues Wissen – etwa über Forschung – zu generieren.

Frage 3

Welche Auswirkungen hatten die Art und Weise des Einsatzbeginns (OEF und Petersberg-Konferenz im Dezember 2001) auf die Beziehungen zwischen den politisch und militärisch intervenierenden einerseits und den urbanen und ländlichen Eliten sowie der lokalen Bevölkerung Afghanistans andererseits?

Die Intervention in Afghanistan war von Beginn an darauf ausgelegt, wichtige afghanische Eliten als Ansprechpartner und Verbindungsleute für die internationalen Interventen zu gewinnen. Hieraus resultierten Pfadabhängigkeiten, die die Intervention im Laufe der Zeit kaum überwunden werden konnten.

Gewalteliten: Zentral war, dass die Vertreibung der Taliban durch die Verbände der Nordallianz stattfanden, da die von den USA geführte Koalition zunächst nicht mit großen militärischen Einheiten das Land erobern wollte. Hieraus ergab sich zum einen, dass die Gewaltakteure, die bereits in den 1980er und 1990er Jahren in den Krieg involviert waren und teilweise für Kriegsverbrechen verantwortlich waren, ihre Kriegsfürstentümer zurückeroberten. In den Folgejahren bedingte dies eine enorme Einschränkung des Aufbaus eines afghanischen Staatswesens. Zudem machten diese Gewalteliten in den folgenden Jahren immer wieder deutlich, dass die internationale Gemeinschaft ihnen zu Dank verpflichtet sei und ihnen in der politischen Neuordnung des Landes eine wesentliche Rolle zustehe. So wurden ihnen Plätze in der Loya Jirga und in der Constitutional Loya Jirga eingeräumt und fand niemals eine Aufarbeitung von Kriegsverbrechen in Afghanistan statt, geschweige denn eine (moralische) Verurteilung. Schließlich war auch OEF – gerade in den ersten Jahren – auf die Zusammenarbeit mit diesen Gewalteliten angewiesen. So kann geschlussfolgert werden, dass sich die internationale Gemeinschaft zumindest während der ersten 5-10 Jahre in der Abhängigkeit von diesen Gewalteliten befand.

Politische Eliten: Mit der Petersberg-Konferenz galt es, ein Machtvakuum in Kabul zu verhindern. Neben der Nordallianz war vor allem die Rom-Gruppe einflussreich, die das erweiterte Klientel um König Zahir Schah umfasste. Die Zypern-Gruppe sollte die Interessen Irans und die Peshawar-Gruppe die Interessen Pakistans vertreten. Der Zusammenhalt aller Gruppierungen basierte jedoch weniger auf gemeinsamen politischen Vorstellungen als auf verwandtschaftlicher Nähe und temporären Loyalitätsverpflichtungen. Die politischen Eliten, die an der Petersberg-Konferenz teilnahmen, verfügten letztlich nur über eine diffuse politische Legitimation und waren größtenteils Afghanen, die außerhalb des Landes geflohen waren. Letztlich kann man sagen, dass die Nordallianz – als die „Bezwinger der Taliban“ – der eigentliche Machtfaktor auf der Petersberg-Konferenz darstellte und ihre Machtposition hier weiter zementierte. Dass die USA Hamid Karzai (als englischsprechenden Durrani-Paschtunen) als Übergangspräsident durchsetzten, diente sicherlich der Einschränkung der Macht der Nordallianz generell und der der Pandjschiris im Besonderen.

Urbane Eliten: Die gebildete, Persisch und Englisch sprechende urbane Mittelschicht avancierte aufgrund ihrer „modernen“ Werte, die auf den ersten Blick denen der westlichen Interventen entsprachen, zu den wesentlichen Ansprechpartnern der internationalen Gemeinschaft. So schossen in den ersten Jahren afghanische NGOs wie Pilze aus dem Boden, weitgehend organisiert von der urbanen Elite Kabuls. Hierüber entstanden neue Formen des Klientelismus, welche sich zum Teil mit bisherigen Formen überschneiden und zur Verdrängung wie auch Überlagerung älterer Verteilkoalitionen führt. Lokalpotentaten, Politiker und Notable bauten eigene NGOs auf, die wiederum mit den internationalen NGOs und GOs Abhängigkeits- und Partnerschaftsbeziehungen

eingingen. Letztlich wurde hierüber die Kluft zwischen den bestehenden afghanischen Eliten und der (ländlichen) Bevölkerung verstärkt.

Insgesamt bedingte der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit den Eliten zu Beginn der Intervention, dass in den Augen vieler Afghanen dieselben Eliten, die das Land seit Jahrzehnten beherrschten, die den Afghanistankonflikt mit verursacht hatten und die für einen der blutigsten Kriege der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verantwortlich waren, nun wieder von der internationalen Gemeinschaft hofiert und an die Macht gebracht wurden. Damit war für viele Afghanen deutlich, dass eine alternative Art der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe in weite Ferne rücken würde und viele Konfliktlinien mit der Intervention nicht überwunden, sondern im Besten Falle weitergetragen, im schlimmsten Falle verschärft würden. Trotz dieser Kritik an der Elitenpolitik der internationalen Gemeinschaft muss hervorgehoben werden, dass gerade für die Frauen und die ethnischen/ religiösen Minderheiten mit der internationalen Intervention sich Freiräume öffneten, die es vorher nicht gegeben hatte.